

Gütersloher Variante



Stellen das Konzept für einen Bürgerrat vor: Rainer Spies, Leiter des Fachbereichs Ratsangelegenheiten und Bürgerdialo, und Bürgermeister Norbert Morkes (BfGT) auf dem Konrad-Adenauer-Platz vor dem Rathaus. Foto: Bojak

Morkes stellt Bürgerratsmodell vor

Von REGINA BOJAK

Gütersloh (gl). Das Vorarlberger Modell hat sich auch in einigen Bezirken Berlins bewährt. Deshalb will die Stadtverwaltung diese Form des Bürgerrats auch für die Dalkestadt übernehmen – mit kleinen Anpassungen – und das Gremium dann Gütersloher Modell nennen. Bürgermeister Norbert Morkes (BfGT) treibt damit eine Idee der Bürgerbeteiligung voran, für die er bereits vor 15 Jahren geworben hat.

Das Vorarlberger Modell sei relativ einfach strukturiert und deshalb gut umzusetzen, erklärt Morkes. 20 Gütersloher Bürger sollen nach dem Losverfahren zufällig ausgewählt werden. Sie würden angeschrieben und einge-

laden, im Bürgerrat zu einem bestimmten Thema zu beraten und zu diskutieren, erläutert Rainer Spies, Leiter des Fachbereichs Ratsangelegenheiten und Bürgerdialo. Selbstverständlich bestehe die Möglichkeit, die Einladung abzulehnen. Spies geht davon aus, dass etwa fünfmal so viele Bürger eingeladen werden müssten, wie später im Bürgerrat mitwirkten. Das habe die Recherche zu dem Thema ergeben. Im Bürgerrat soll am Ende die Vielfalt der Gütersloher Bevölkerung abgebildet werden.

Der Rat habe der Verwaltung vor anderthalb Jahren den Auftrag erteilt, eine Vorlage für den möglichen Einsatz eines Bürgerrats in Gütersloh zu erarbeiten, erklärt Spies, wie die Mitarbeiter des Fachbereichs Bürgerdialo

auf das Vorarlberger Modell gestoßen sind. „Wir wollen mit dem Bürgerrat keinen Debattierclub gründen“, ergänzt Morkes. Vielmehr sollten klare Ziele erreicht werden. Etwa 20 Bürger sollten ein Thema erörtern. Die Ergebnisse der Zusammenarbeit würden dann später der Politik vorgelegt.

„Der Rat entscheidet am Ende“, betont der Bürgermeister. In der Vergangenheit war aus den Reihen der Politik immer wieder die Befürchtung laut geworden, dass die bisherigen Gemeindeorgane – Fachausschüsse und Rat – nicht mehr als zentrale Vertretung der Bürgerschaft benötigt würden, sollte ein Bürgerrat installiert werden. In der Sitzung des Hauptausschusses am 30. August (17 Uhr im Ratssaal) stellt

die Verwaltung das von ihr bevorzugte Modell vor.

„Wir sind für alle Anregungen offen“, betont Morkes. Sowohl aus der Bürgerschaft als auch aus der Politik seien Vorschläge für die Weiterentwicklung des Bürgerrats willkommen. „Für uns ist das auch noch ein Lernprozess. Das Gütersloher Modell in der vorgelegten Form sei erst der Aufschlag. Deshalb habe sich die Verwaltung auch für eine möglichst unkomplizierte Struktur entschieden. Die Teilnehmer sollten voraussichtlich einen oder anderthalb Tage konzentriert und gemeinsam über ein Thema beraten. Geleitet werden soll die jeweilige Veranstaltung von einem externen Moderator. Experten sollten den Bürgern beratend zur Seite stehen.“



Regionalkonferenz des bundesweiten Modellprojekts Bürgerrat Demokratie: Eine der sechs Konferenzen fand am 21. Juni 2019 in der Stadthalle Gütersloh statt. Archivfoto: Dinkels

Initiative gegen Vorschlag

Gütersloh (rebo). Die Initiative Demokratie wagen hatte vor anderthalb Jahren den Antrag zur Einrichtung eines Bürgerrats gestellt. Die Eingabe war von der Politik an die Verwaltung weitergeleitet worden. „Wir sind mit der Gruppe im Gespräch“, sagt Morkes. Das Projekt von Demokratie wagen sei jedoch komplexer und grundsätzlicher. Es richte sich nach dem Vorbild des Vereins Mehr Demokratie. Mehr Demokratie will losbasierte Bürgerräte als Element der Bürgerbeteiligung auf Bundesebene verankern.

Morkes betont, aus seiner Sicht sei es wichtig, ein Format auf den Weg zu bringen, das für die Men-

schen leicht nachvollziehbar sein. Lokale Themen müssten im Mittelpunkt stehen. Konkrete Ergebnisse müssten in einem überschaubaren Zeitrahmen erzielt werden. Wenn erreicht werden solle, dass sich mehr Bürger mit ihrer Kompetenz für die Entwicklung der Stadt einsetzen, dürfe der Zugang nicht zu komplex gestaltet werden.

Die Initiative Demokratie wagen übt deutlich Kritik am Vorschlag der Verwaltung. „Wir lehnen den Vorschlag als nicht durchdacht ab“, schreiben Dr. Anke Knopp und Jürgen Droop in einer Stellungnahme für die Initiative. (Seite Gütersloh zwei)

Kale

Donnersta

Namenst
Tagessp
Affen ein
rechnen gel
(in Anlehn
Friedrich II
Gedenkt
Internatio
Utans (zum
schenaffen,
me immer
1946 Willi
Clinton,
Politiker, I

AnC

Von GERRI

Der Man
nen Einkauf
Leergutaut
flaschen, g
der Kühlth
schnurstrau
den Süßigk
Nachtisch
schließlich
rend er sei
den Geträn
kommt ihm
entgegen –
Mund- und
Erst jetzt u
wusst: Er
sche Maske
gessen. Er
und niemals
aufmerksam
peinlich. A
trotz Impfu
durch den

Die G

Ihr Dra

Lokalredak
Berliner Str
33330 Güte
E-Mail.....
Telefon.....
Telefax.....
Gerrit Dinke
Christoph A
(Stv. Leitun
Judith Aund
Regina Boja
Simon Buss
Anja Frielin
Dominik Lar
Dagmar Sch
Siegfried Sc
Ralf Steine
Lissi Walku

Lokalsport
E-Mail.... gt
Telefax.....
Dirk Ebeling
Norbert Flei
Stefan Herz

Servicecen
Aboservice
Telefon.....
Anzeigenan
Telefon.....
Telefax.....
E-Mail
servicecent
Öffnungsze
Mo.-Do. 7 b
Fr. 7 bis 16
Sa. 7 bis 12

Internet
www.die-gl

Initiative Demokratie wagen

„Herumwursteln, bis es passt, reicht nicht“

Gütersloh (gl). Die Initiative Demokratie wagen, die sich für die Einrichtung eines Bürgerrats einsetzt, lehnt in einer Stellungnahme das Modell von Bürgermeister Norbert Morkes (BfGT) ab. Längst habe der Verein Mehr Demokratie das Konzept Bürgerrat zu einer nationalen Umsetzungsreife gebracht. Daran orientiere sich auch Demokratie wagen. Der Vorschlag von Norbert Morkes sei nicht durchdacht, heißt es in der Stellungnahme.

Dr. Anke Knopp und Jürgen Droop fragen als Sprecher der Gütersloher Initiative, ob Morkes befürchte, für die Originalidee keine Mehrheit zu bekommen, und deshalb ein Format gewählt habe, das vermeintlich keinem wehtue und nach einem Scheitern schnell wieder von der Bühne verschwinden könne. Morkes komme von einem durchdachten Konzept zu einer Lightversion, die mutlos sei. „Und das vorgelegt von einem Bürgermeister, der mit Transparenz und Bürgerbeteiligung als Wahlkampfthemen ins Amt gekommen ist“, schreibt Knopp.

Für eine Bürgerbeteiligung müsse klar formuliert werden, was ein Bürgerrat dürfe und was nicht. Ein Beteiligungsvorhaben bestehe aus vielen einzelnen Schritten. Über jeden müsse klar und verständlich informiert werden. Die Beteiligten wollten wissen, welche Abläufe und Fristen es gebe. Nach welchen Regeln und Kriterien werde entschieden? Wer habe warum welche Rolle im Verfahren? Alle Schritte müssten nachvollziehbar dokumentiert

und veröffentlicht werden.

Der Bürgerrat im Gütersloher Modell sei aber nur skizzenhaft in seinem Prozessverlauf beschrieben. Es blieben zu viele Unwägbarkeiten und Ungenauigkeiten. Zudem fehle die Transparenz. Die Initiative Demokratie wagen kritisiert zudem, dass die Frage, wer die Experten für einen Bürgerrat aussuche nicht geklärt sei. Auch werde nicht erklärt, wann und in welcher Weise sie in den Prozess eingebunden werden. Es gebe keine Beteiligung auf Augenhöhe.

Auch das Ziel sei unklar: Werden Handlungsempfehlungen erarbeitet oder wird nur ein Stimmungsbild eingefangen, heißt es in der Stellungnahme. Auch die Themenvorschläge seien bisher schwammig. Die Ergebnissicherung sei fragwürdig und an bisher keiner Stelle formuliert. Dokumentation und Transparenz seien in der Vorlage für den Hauptausschuss nicht geklärt.

Der Hinweis, dass das Gütersloher Modell bei Gelingen wachsen könne, reicht der Initiative Demokratie wagen nicht. Wer solle über das Gelingen urteilen? Wer lege das weitere Vorgehen fest?

„Herumwursteln, bis es passt als Konzept – das funktioniert nicht“, betonen Anke Knopp und Jürgen Droop. „Bitte ein Votum für einen Bürgerrat im Original, als bewährtes und erprobtes Konzept.“ Zudem müsse Teilhabe in Form eines Bürgerrats mit dem Thema Nachhaltigkeit und dem Smart-City-Konzept zusammengefügt werden.



Üben deutliche Kritik am Modell für einen Gütersloher Bürgerrat, das die Verwaltung Ende August im Hauptausschuss vorstellen wird: Jürgen Droop und Dr. Anke Knopp von der Initiative Demokratie wagen vor dem Rathaus.

Archivfoto: Bojak